IHK-Berlin-Konjunkturumfrage: Von einer Krise in die Nächste



Berlin. Der Krieg in der Ukraine, rasant gestiegene Energiepreise und Lieferkettenprobleme bremsen die konjunkturelle Erholung aus. Nach der repräsentativen IHK-Konjunkturumfrage liegt der Konjunkturklimaindex liegt demnach bei 119 Punkten, das sind vier Punkte weniger als zu Jahresbeginn. Skeptisch blicken vor allem Industrie, Bau und Handel auf die kommenden Monate. Lediglich im Gastgewerbe sind die Unternehmen optimistischer gestimmt als noch zu Jahresbeginn. An der Umfrage haben sich mehr als 500 Unternehmen beteiligt, Befragungszeitraum war 19. April bis 6. Mai.

Das Konjunkturbild der Berliner Wirtschaft ist aktuell zweigeteilt.

In den **Dienstleistungssektoren** gewinnen die Geschäfte verglichen zum Jahresbeginn moderat an Schwung. Handel, persönliche und unternehmensnahe Services berichten von steigender Nachfrage, wenn auch bei weitem noch nicht auf Vor-Corona-Niveau. Im **Gastgewerbe** steigt der Index der Geschäftslage erstmals seit zwei Jahren auf einen positiven Wert (acht Punkte, nach -80 zu Jahresbeginn). Saisonale und vor allem Post-Pandemie-Effekte bescheren diesen Branchen Rückenwind: Konsumentinnen und Konsumenten holen offenbar bei gastgewerblichen, kulturellen und touristischen Angeboten nach, was in den vergangenen zwei Jahren nur eingeschränkt oder gar nicht möglich war.

Im Logistik- und Verkehrsgewerbe sowie den produzierenden Branchen lässt die geschäftliche Dynamik dagegen teils erheblich nach. Den Betrieben machen bereits seit Monaten steigende Preise und gestörte Lieferketten zu schaffen. 68 Prozent der Unternehmen berichten von Lieferschwierigkeiten von mittlerem bis erheblichen Umfang. Das Ausmaß schwankt dabei von Branche zu Branche. Nahezu alle befragten Industriebetriebe (98%) und Betriebe im Gastgewerbe (97%) leiden unter Lieferschwierigkeiten. Auch in Handel oder Baugewerbe spüren gerade einmal sieben Prozent der Befragten keine Lieferengpässe. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Thema Preissteigerungen. Knapp jedes zweite Unternehmen ist in erheblichem Umfang von Preissteigerungen betroffen, weitere 28 Prozent von Preissteigerungen

in mittlerem Umfang. Ursache sind vor allem die gestiegenen Energiepreise (67 Prozent), höhere Kosten für Waren (65 Prozent), steigende Arbeitskosten (49 Prozent) und gestiegene Kosten für Dienstleistungen (44 Prozent).

Die Geschäftserwartungen gehen in fast allen Branchen zurück

Im Handel, im Baugewerbe und in der Industrie überwiegen die pessimistischen Erwartungen die optimistischen. So erwarten 40 Prozent der Befragten in der Industrie sich eintrübende Geschäfte, auch ein erheblicher Teil der Dienstleistungsunternehmen (19 Prozent) bewertet die Aussichten schlechter als noch zu Jahresbeginn. Die Preisentwicklung und Liefersicherheit von Energieträgern, Vorprodukten und Rohstoffen sind so risikobehaftet wie seit langer Zeit nicht mehr. Dies hat auch Auswirkungen auf das allgemeine Konsumklima. Verunsicherte Verbraucher konsumieren weniger, so die Sorge der Händler. Auch hier gehen 32 Prozent der Befragten von schlechteren Geschäften in den nächsten Monaten aus.

Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin: "Wir sind mit wirtschaftlichen Problemlagen weltweiten Ausmaßes konfrontiert.

Die Berliner Politik allein wird es nicht richten können. Aber eine Verbesserung der Rahmenbedingungen vor Ort kann helfen, einen Teil der Last zu mildern. Das Neustartprogramm ist dafür ein gutes Signal, es bedarf aber weiterer, struktureller Verbesserungen. Die Belastungen durch mögliche Versorgungsengpässe bei Energie sowie steigende Energiekosten für die Berliner Unternehmen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Das geplante Ölembargo droht, die Belastungen zwischen Ost- und West-Deutschland sehr zu Ungunsten Berlins zu verteilen. Diese Wettbewerbsverzerrung muss die Politik bei ihren Planungen unbedingt berücksichtigen. Viele Unternehmen arbeiten zudem bereits mit Nachdruck daran, ihren Energieverbrauch zu senken und ihre Energieversorgung auf eine nachhaltigere Basis umzustellen. Hierfür braucht die Wirtschaft seitens der Politik verlässliche, langfristig planbare Rahmenbedingungen und Instrumente. Darüber hinaus gilt es, dass seit Jahren wachsende Berliner Außenhandelsgeschäft zu stabilisieren. Dazu sollte der Senat die wirtschaftsorientierte Zusammenarbeit mit Metropolen in Ländern, die Wertepartner sind, fördern und dort Türen für Berliner Unternehmen öffnen."

Den vollständigen Konjunkturbericht können Sie hier nachlesen: www.ihk-berlin.de/konjunktur